



Kai Seefried

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
CDU-Fraktion

Wahlkreisbüro Assel
Am Asseler Fleet 18a
21706 Drochtersen
Tel: 04148/ 610479
Fax: 04148/ 616360
Email: mail@kai-seefried.de

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
Tel: 04141/ 5186-11

Internet
www.kai-seefried.de

Landtagsrede vom 21. März 2012 zur Aktuellen Stunde

„Landesregierung darf bei der Elbvertiefung nicht gegen die Interessen der Menschen hinter den Deichen entscheiden!

Auszug aus dem stenografischen Bericht
der 132. Sitzung des Niedersächsischen Landtages

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Fahrrinnenanpassung, die Dritte - heute hier im Niedersächsischen Landtag! Nachdem wir bereits im Januar- und im Februar-Plenum intensiv über dieses Thema diskutiert haben, folgt heute die dritte Diskussion.

Ich will deutlich sagen: Dieses Thema hat es aufgrund seiner Wichtigkeit sicherlich verdient, auch im Niedersächsischen Landtag intensiv behandelt zu werden. Nicht verdient hat es aber den Umgang mit ihm, den wir heute und auch schon in der Aktuellen Stunde im Februar-Plenum erlebt haben. Die Grünen versuchen, dieses Thema mit skandalisierenden Parolen in eine bestimmte Richtung zu bringen, aber diese Show wird diesem Thema nun wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Grünen versuchen mit immer neuen Parolen und mit Auftritten, wie wir sie heute hier im Landtag live erleben durften, den Eindruck zu erwecken, als seien sie die Einzigen, die sich ernsthaft um die Interessen der Menschen hinter den Deichen kümmern. Was Sie hier vorführen, meine Damen und Herren von den Grünen, ist schlicht und einfach falsch; das will ich hier so deutlich sagen. Spielen Sie nicht mit den Ängsten der Menschen in der Region!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe es in meinen letzten Reden bereits gesagt, und auch Frau Behrens hat es deutlich gemacht: Das Thema Fahrrinnenanpassung der Elbe eignet sich nicht für den Wahlkampf. Es eignet sich auch nicht dazu, jemanden zu stigmatisieren und zu behaupten, dass es das Thema *einer* Partei sei. - Es ist nicht das Thema *einer* Partei, sondern es ist unsere *gemeinsame* Verantwortung, die Interessen der Region zu wahren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist auch nicht so, wie die Grünen immer wieder zu suggerieren versuchen, dass das, weil wir jetzt die Regierenden sind, die Fahrrinnenanpassung der CDU oder der FDP wäre. Auch das kann man nicht so stehen lassen.

Natürlich gibt es bei diesem Thema unterschiedliche rechtliche und fachliche Positionen, und zwar von den Befürwortern wie auch von den Gegnern. Und nun ist es Aufgabe der Landesregierung - so ist es in der Juristerei nun einmal -, die richtige Position zu finden, die die Interessen der Menschen der Region auch tatsächlich wahr.

Die Grünen haben für die Aktuelle Stunde eine Überschrift gewählt, mit der der Eindruck erweckt werden soll, als dass die Landesregierung die Interessen der Menschen hinter den Deichen nicht wahr. - Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist Aufgabe unserer Landesregierung, einen richtigen und auch rechtssicheren Weg zu finden. Deshalb hat sie das Thema in den letzten Jahren auch nun wirklich sehr intensiv bearbeitet. Dass das Verfahren so lange dauert, ist der klare Beleg dafür. Das zeigt, Herr Wenzel, dass die Landesregierung keinen Schlingerkurs fährt, sondern von Anfang an im Interesse der Region aktiv geworden ist und diese auch vertreten hat. Das ist übrigens anders als 1999.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Unverschämt!)

Ich will ebenso deutlich sagen, dass ich mich als Abgeordneter, der aus der Region kommt, über die deutlichen Positionen unseres Ministerpräsidenten sowie der zuständigen Fachminister im Landwirtschafts- und im Umweltministerium freue.

Im Gegensatz zu Ihrer Darstellung, Herr Wenzel, werden die Interessen der Region tatsächlich gewahrt. Die Landesregierung ist vor Ort, anders als Sie. Wir können ja einmal fragen, wie oft Sie eigentlich schon selbst vor Ort waren, abgesehen davon, dass Sie mit dem Fahrrad irgendwann einmal da durchgeradelt sind.

Die Landesregierung ist ständig vor Ort. Sie ist im Gespräch mit den Menschen. Sie lädt die Fachleute hierher nach Hannover ein. Sie holt alle an einen Tisch. Genauso wie bis zur heutigen Diskussion werden auch in dem weiteren Verfahren immer neue Argumente aufgenommen. Diese Argumente werden ernst genommen. Die Argumente, die uns als Abgeordnete vorgetragen werden, werden an die Landesregierung weitergegeben und dort wieder intensiv geprüft. Die Interessen werden durch diese Landesregierung intensiv vertreten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Selbst die Gegner einer Elbvertiefung, die das Verfahren im Jahr 1999 miterlebt haben, sagen heute anerkennend, dass die Situation jetzt eine ganz andere ist. Daran wird deutlich, dass diese Landesregierung sich im Interesse der Menschen vor Ort einsetzt und dass es eben anders ist, als hier mit Parolen immer wieder der Anschein zu erwecken versucht wird.

Ich habe in den letzten Plenardebatten auch schon einige Fragen dazu gestellt.

Im Herbst des letzten Jahres habe ich die SPD gefragt, ob sie denn schon einmal bei Olaf Scholz in Hamburg gewesen ist und mit ihm über dieses Thema gesprochen hat, eben um die Interessen der Region zu wahren. Bis heute habe ich nichts davon gehört. Unser Ministerpräsident hingegen hat das sehr wohl getan und dieses Thema ganz hoch aufgehängt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe in der Debatte auch gefragt, wer eigentlich im Bund regiert hat, als die Fahrrinnenanpassung in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. Die Antwort kann ich Ihnen noch einmal geben: Das war Rot-Grün.

(Björn Thümler [CDU]: Ach was!)

Dann habe ich gefragt, ob es denn auch einmal eine Initiative der Grünen gegeben hätte, um das wieder zu ändern. Herr Wenzel hat sich hierhin gestellt und wollte eine Antwort geben. Ich habe aber keine Antwort gehört - bis heute nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Landesregierung sehr dankbar dafür, wie sie mit diesem Thema umgeht.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)